



Newsletter 07/23, 04. August 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

erstmalig in der Parlamentsgeschichte hat das oberste deutsche Gericht dem Bundestag untersagt, dass ein Gesetz in zweiter und dritter Lesung an dem Tag verabschiedet wird, den die Regierungsmehrheit dafür vorgesehen hat. Die umfangreichen Änderungen am Gebäudeenergiegesetz der Ampel waren so spät in die Beratungen eingebracht worden, dass das Gericht die Möglichkeiten der einzelnen Abgeordneten in verfassungswidriger Weise beeinträchtigt sah, sich ausreichend mit den Gesetzestexten zu befassen. Das Bundesverfassungsgericht hat damit deutlich gemacht, dass effektiv vier Tage Parlamentsbeteiligung nicht unseren Ansprüchen an die Demokratie genügen kann. Spät vorgelegte Gesetzesentwürfe, kurze Beratungsfristen, fehlende Einbindung von zu hörenden Akteuren sind in dieser Ampel-Regierung inzwischen oft die Regel denn Ausnahme. Die Augen-zu-Mentalität der Ampel-Koalition wurde damit abgestraft!

Diese Entscheidung hat Richtungswirkung auf das Regierungsverhalten. Bundeskanzler Olaf Scholz muss dies als Auftrag für eine Änderung im Umgang mit dem Parlament verstehen. Für ein so wichtiges Gesetz braucht es eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und muss die Grundsätze Fördern, Fordern und Ermöglichen berücksichtigen. Denn, wer das Gesetz schließlich umsetzen wird, sind die Kommunen gemeinsam mit dem Handwerk und der Bürgerschaft. Mein Kollege Thomas Heilmann MdB hat erfolgreich vor dem

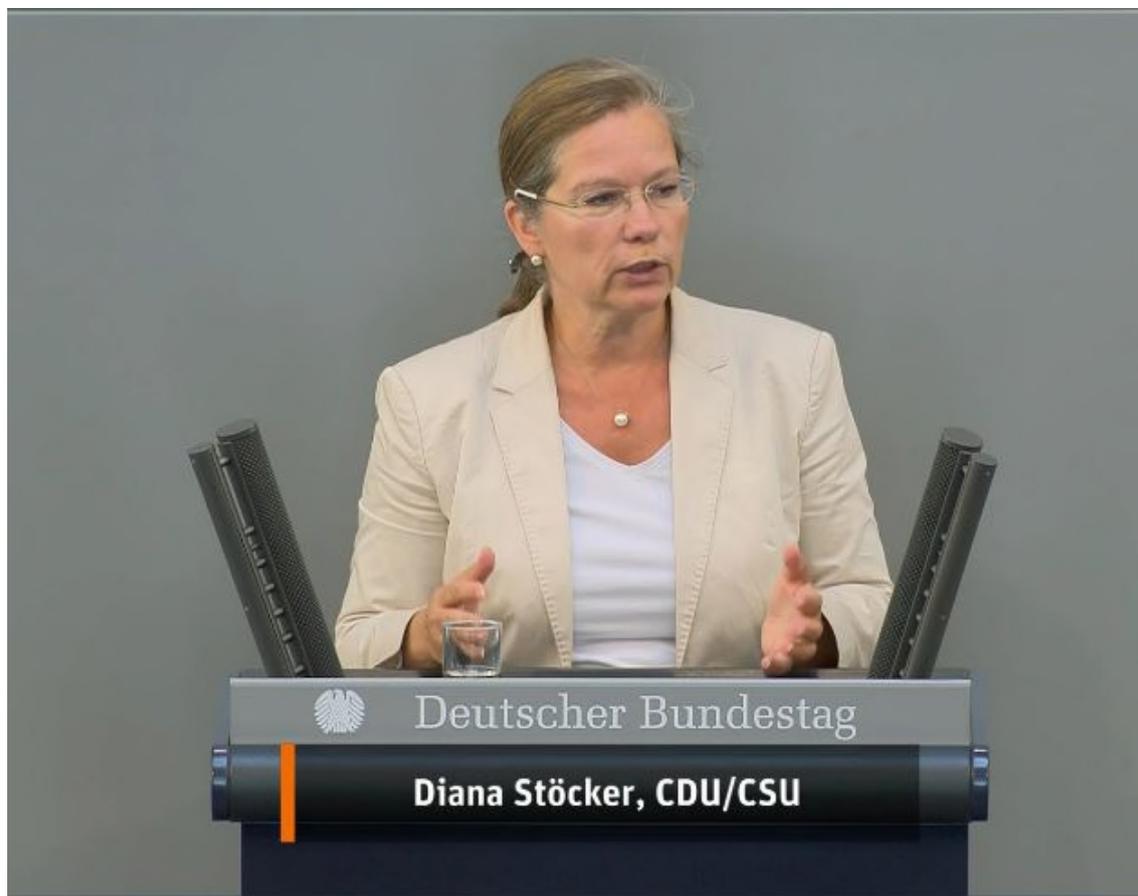
Bundesverfassungsgericht unsere Mitwirkungsrechte als Opposition verteidigt und der Regierung die rote Karte gezeigt.

Anfang September nimmt der Deutsche Bundestag seinen Parlamentsbetrieb wieder auf. Wir werden als konstruktive Opposition weiter aufzeigen, dass wir eine Politik nicht nur des Förderns, sondern des Forderns brauchen. Leistungen zu erhalten bedeutet auch eine Gegenleistung zu erbringen. Es braucht eine akute wirtschaftspolitische Kurskorrektur, um Deutschland wieder ganz nach vorne zu bringen. Es braucht eine Besinnung auf die soziale Marktwirtschaft und Rahmenbedingungen mit denen Unternehmen agil, innovationsfreudig und erfolgreich arbeiten können. Ohne eine stabile Wirtschaft, insbesondere einen stabilen Mittelstand, werden wir die vor uns liegenden globalen, aber auch gesellschaftlichen Herausforderungen nicht bewältigen. Europa braucht ein starkes und klares Deutschland.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne Sommerzeit!

Mein nächster Newsletter wird Ende September erscheinen!

Ihre



Meine 17. Rede im Bundestag

Meine Rede zum Antrag der Fraktion "Die Linke": „Keine Krankenhausschließungen aus wirtschaftlichen Gründen – Defizitausgleich als Vorschaltgesetz vor Krankenhausreform“

Im Plenum ging ich in meiner Rede darauf ein, dass Gesundheitsminister Lauterbach noch vor kurzem vollmundig verkündete: „Nur DIE Krankenhäuser schreiben aktuell ein Defizit, die eine schlechte Leistung bringen! Nur die Krankenhäuser werden in den nächsten zwei Jahren schließen, die keine gute Qualität haben. Und das ist ok so.“

Aus meiner Sicht ist das blanker Hohn gegenüber den Trägern, Geschäftsführungen, Ärztinnen und Ärzten und Pflegefachkräften, die sich jeden Tag für die Qualität in ihren Krankenhäusern einsetzen! Noch vor einem guten halben Jahr sagte der Minister: „Kein Krankenhaus wird ein Problem bekommen, weil es die Inflation nicht bezahlen kann!“ Damit stellt sich die Frage, wieviel Vertrauen können Akteurinnen und Akteure in das Wort des Ministers haben? Ist er sich darüber im Klaren was uns ein kalter Strukturwandel kostet?

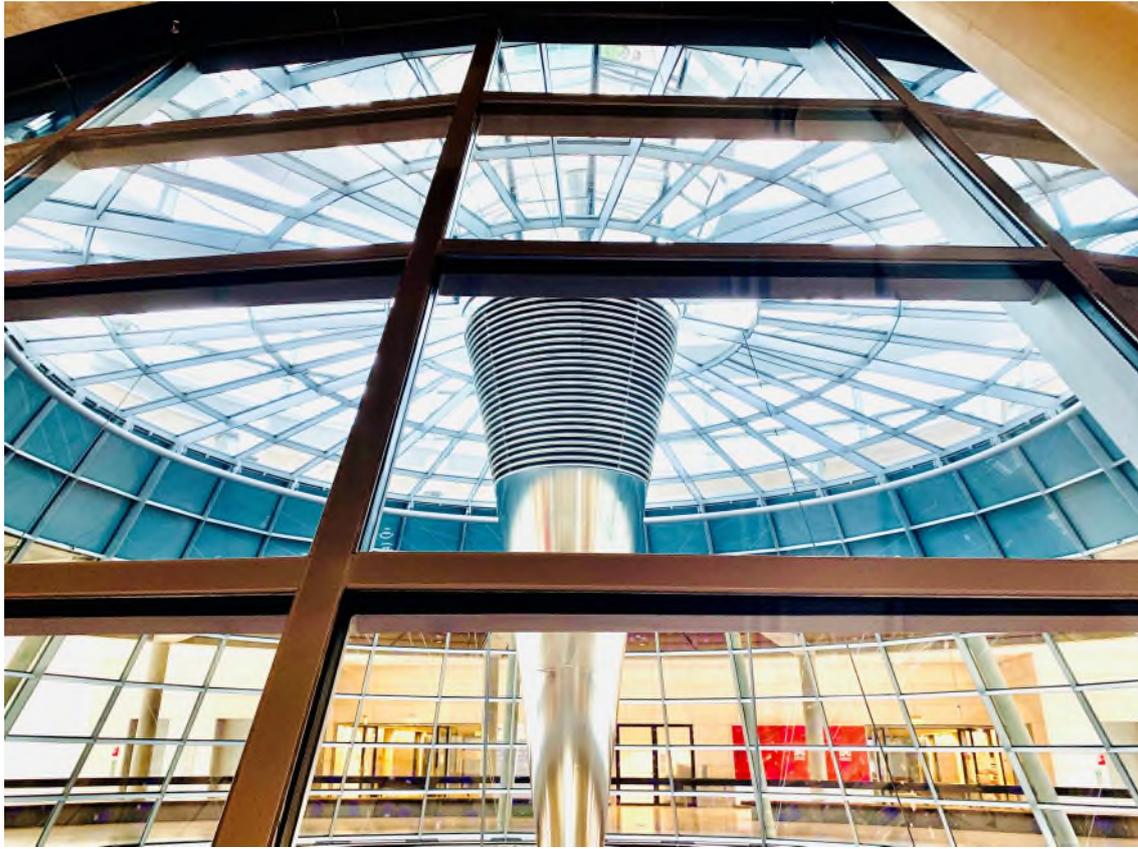
Ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, dass Karl Lauterbach die Hoffnung hat, dass er durch die kalte Marktberreinigung nur noch mit wenig verbliebenen Krankenhausstandorten arbeiten muss. Die Ampelkoalition braucht auch den Blick auf den ländlichen Raum. Wir reden hier nicht über 51 Kliniken wie in der Großstadt Berlin. Wir reden über absolut notwendige Strukturen der medizinischen Versorgung vor Ort. Hier werden auch oft nicht mehr alle Hausarzt- und Facharztsitze besetzt. Kliniken sind bereit, mit Institutsambulanzen, viel mehr als heute möglich, die ambulante Versorgung sicherzustellen, wofür aber aktuell noch die rechtliche Grundlage fehlt.

Und es kann auch nicht sein, dass nur die Krankenhäuser die nächsten zwei Jahre überleben, die öffentliche Träger haben, die die Kliniken zur Zeit massiv stützen, um die Defizite auszugleichen. Defizite nicht etwa, weil die Qualität schlecht ist. Nein, weil sich die Behandlungen seit Corona auf einem Niveau eingependelt haben, das nicht ausreicht, um die notwendigen Einnahmen zu erwirtschaften. Ein wesentlicher Grund ist hierfür der Fachkräftemangel.

Auch die öffentlichen Träger sind inzwischen am Rand ihrer Leistungsfähigkeit: Denn auch kommunale Zuschüsse, Kredite oder Liquiditätshilfen sind nur begrenzt möglich. Ich sage das als Bundestagsabgeordnete, in deren Wahlkreis mit dem „Lörracher Weg 2“ ein Leuchtturmprojekt in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht wurde und somatische Leistungen von vier Kliniken im Kreis unter dem Dach eines neuen Zentralklinikums zusammengeführt und die bisherigen Standorte geschlossen werden.

Reformen sind wichtig, das ist unstrittig und manche Länder sind hier schon auf gutem Weg! Bis die Reformen wirken, brauchen wir zeitnah Maßnahmen, um notwendige Versorgungsstrukturen aufrecht zu erhalten und Versorgungsengpässe vor allem im ländlichen Raum zu verhindern. Wir brauchen eine flächendeckende stabile Krankenhausversorgung.

Hier können Sie meine Rede auf Youtube nachhören: https://youtu.be/_4BdQ1fJGM



Plenarwoche vom 03. Juli bis 07. Juli

Das waren u. a. Themen in der Sitzungswoche:

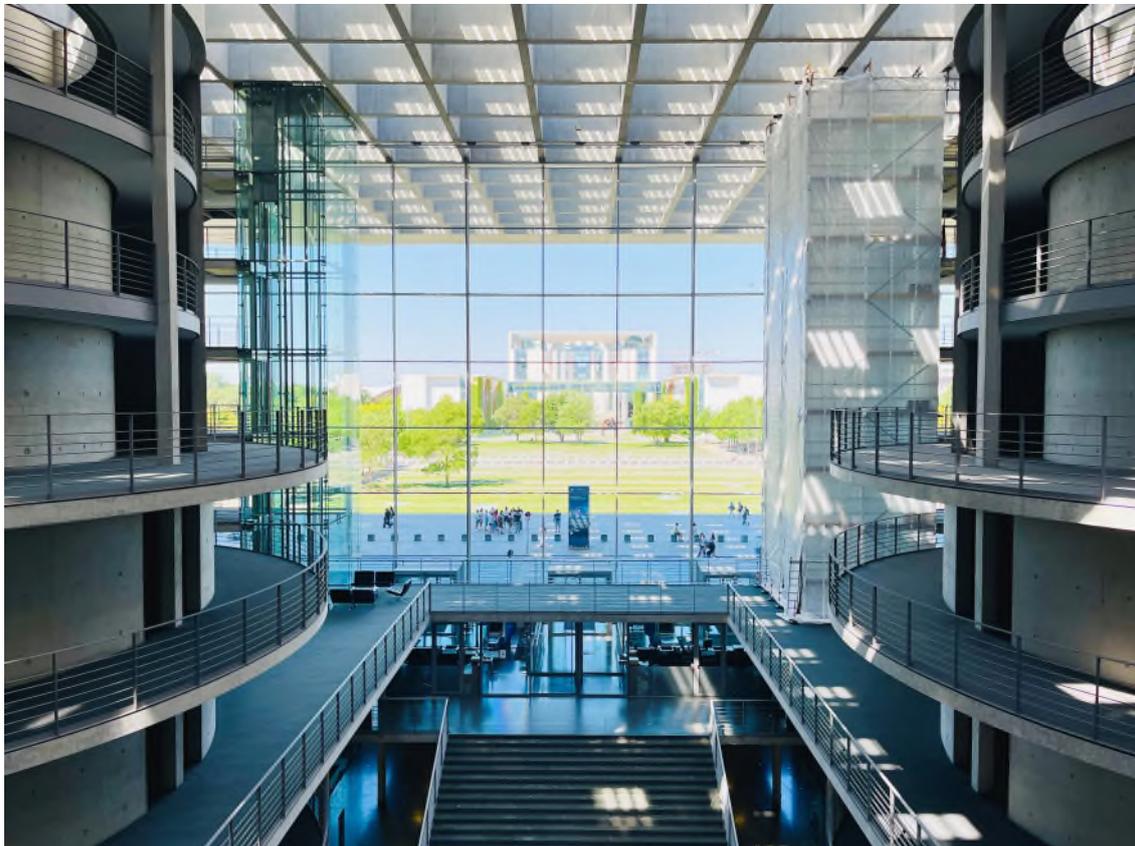
Aktuelle Stunde: „Standort Deutschland in Gefahr: endlich Wachstum stärken und Preissteigerung wirksam bekämpfen“

Die Politik der Ampel-Regierung gefährdet den Wohlstand der Volkswirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger. Die steigende Zahl der Insolvenzen, die nachlassende Investitionstätigkeit in den Standort Deutschland und die hohe Inflation zeigen: Es braucht jetzt eine Wirtschaftspolitik, die nah am Menschen und nicht nah an einer politischen Ideologie ist. Aber ein beachtlicher Teil der Bundesregierung will „Wachstum“ gar nicht mehr, „Degrowth“ ist vor allem bei den Grünen nun eine vermeintlich erfolgversprechende Maßnahme zum Klimaschutz. Wenn aber in Deutschland nicht mehr investiert wird und das Unternehmertum und Arbeitnehmer gleichermaßen unter hohen Abgaben, Steuern und Regelungswut leiden, dann wird Deutschland weder seinen Wohlstand erhalten noch die Klimaziele erreichen. CDU und CSU haben im Gegensatz zur Ampel einen konkreten Plan, wie nun Wachstum geschaffen und Wohlstand erhalten werden kann.

Unser Antrag für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte

Mit diesem Antrag legten wir Vorschläge zum Thema dar. Denn für uns gilt: Ein warmes Zuhause ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich

aktuell um die Wärmeversorgung ihrer Wohnung. Die Politik der Bundesregierung trägt zu diesen Sorgen maßgeblich bei. Der andauernde Streit in der Ampel hat Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie nachhaltig verunsichert. Auch die neuen Vorschläge der Bundesregierung zur Reform des Gebäudeenergiegesetzes können diese Verunsicherung nicht beenden. Von Technologieoffenheit kann keine Rede sein. Auch die angekündigten Förderprogramme zur Unterstützung der Betriebe und Haushalte sind bisher weder in der Regierung abgestimmt noch finanziert. Das Gesetz zur Kommunalen Wärmeplanung liegt ebenfalls noch nicht vor. Wir finden: Klimaneutralität 2045 bedeutet auch klimaneutrales Heizen. Klimaschutz kann nur mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingen. Im Gebäudebereich werden die Ziele nur erreicht, wenn für jedes Haus die beste Lösung ermöglicht wird und die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung nicht überfordert werden. Mit der Einführung der Bepreisung von CO₂ auch im Gebäudesektor hat die unionsgeführte Regierung in der letzten Legislatur ein verlässliches Instrument geschaffen.



Die Initiativen und Anträge der CDU/CSU Bundestagsfraktion

Das waren u. a. Initiativen und Anträge:

Potenziale der Geothermie nutzen

Die Unionsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung vor der parlamentarischen Sommerpause eine Initiative beschlossen, welche die Nutzung der alternativen Energiequelle Geothermie zum Thema hat. Unter dem Titel "Potenziale der Geothermie nutzen, Hürden abbauen, Risiken minimieren, Stromsektor entlasten" wurde ein Antrag in den Bundestag

eingebraucht, der sich mit der ganzjährig zur Verfügung stehenden erneuerbaren, nicht-volatilen und auch inländischen Energiequelle mit einem beträchtlichen Potenzial beschäftigt. Sie kann im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden und ermöglicht es, den Wärmeertrag auf das bis zu 30fache des Stromeinsatzes zu hebeln. Allein die tiefe Geothermie kann schätzungsweise 25% des deutschen Wärmebedarfes abdecken. Die Geothermie ist ein idealer Partner für eine klimaneutrale, leitungsgebundene Wärmeversorgung (Nah- bzw. Fernwärme), die im Rahmen der Dekarbonisierung von älteren Bestandsgebäuden eine zentrale Rolle spielen wird. Bei Bestandsgebäuden, die regelmäßig einen erhöhten Energiebedarf gegenüber Neubauten haben, haben geothermische Lösungen den Vorteil, dass sie im Vergleich zu Luftwärmepumpen auch an kalten Tagen überwiegend mit Hebeln des Stromeinsatzes arbeiten und deshalb besonders in dem Zeitraum, in dem ohnehin besonders viel elektrische Energie benötigt wird, zur Einsparung von Strom beitragen. Die oberflächennahe Geothermie (bis 400m Tiefe) arbeitet in der Regel mit erdgekoppelten Wärmepumpen und hat mit bundesweit bereits installierten fast 470.000 Anlagen ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll bewiesen. Sie findet daher große Akzeptanz bei Bauherren und auch der Bevölkerung insgesamt. Als Unionsfraktion fordern wir unter anderem die Förderung der Nutzung der oberflächennahen Geothermie; bei den Vorgaben für die kommunale Wärmeplanung die oberflächennahe Geothermie regelmäßig zu berücksichtigen, auch beim Ausbau von kalten Wärmenetzen und Quartierslösungen; und einen wirksamen Anreiz zu schaffen, dass im Bestand geothermische Lösungen gegenüber Luftwärmepumpen bevorzugt eingesetzt werden.

In meinem Wahlkreis reagiert die Bevölkerung aufgrund der Erfahrungen in Staufen sensibel auf das Thema Erdwärmebohrung. Im Jahr 2007 stürzten, aufgrund unsachgemäßer Durchführung durch die Baufirma, zwei Bohrlöcher (auf 140 m Tiefe) ein. Dadurch fließt regelmäßig Quellwasser in die vorhandene Gipskeuperschicht und verursacht durch das dadurch erhöhte Gesteinsvolumen zahlreiche Schäden in der Stadt. Aufgrund dieses Vorfalls wurden vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft neue Leitlinien zur Qualitätssicherung von Erdwärmesonden erlassen. Das Risiko für Schäden durch Geothermiebohrungen soll so minimiert werden. Dabei wird insbesondere auf die richtige Dimensionierung des Gesamtsystems und eine fachgerechte Bauausführung geachtet. Ausschließlich zertifizierte Bohrunternehmen, die die neuen angepassten Anforderungen an Qualitätssicherung und an die Qualifikation des Personals erfüllen, dürfen beauftragt werden.

Herkunftszeichnung bei Honig verbessern

Honig ist ein Naturprodukt, das seit Jahrtausenden von den Menschen genutzt, geschätzt und genossen wird. Der Pro-Kopf-Verbrauch in Deutschland im Jahr 2021 lag bei 828 Gramm. Aufgrund seines hohen Energiegehalts hat der Honig auch einen ernährungsphysiologischen Wert und gilt mithin als schneller Energielieferant. Ebenso können Honige gesundheitsfördernd sein und das Risiko für Krebs und Herz-Kreislauf-Erkrankungen senken. Die hohe Nachfrage nach Honig können die Imker in Deutschland allein nicht befriedigen. Daher ist Deutschland ein klassisches Honig-Importland. Umso wichtiger ist es daher, dass die Importe unsere hohen qualitativen Standards einhalten. In einer breit angelegten Untersuchung des Honigsektors hat die Gemeinsame Forschungsstelle der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit den nationalen

Behörden von 18 Mitgliedsländern und dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) im März 2023 allerdings besorgniserregende Ergebnisse festgestellt. 46 Prozent, entsprachen nicht den Bestimmungen der EU-Honigrichtlinie (2001/110/EG), vor allem deshalb, weil sie verdünnt waren. Die Verdünnung des Honigs wird durch Sirupe, die hauptsächlich aus Reis, Weizen oder Zuckerrüben hergestellt werden, erreicht. Um die Verbraucherinformation zu stärken und heimische Imker zu schützen, fordern wir als CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für eine bessere Rechtsdurchsetzung und häufigere Kontrollen einzusetzen, um die Importe von gestreckten Honigen zu minimieren. Auch fordern wir, dass die Bundesregierung das pauschale Verbot der Bienenhaltung in Naturschutzgebieten überdenkt und dafür sorgt, dass es EU-Honig und für Importe gleichermaßen einheitliche Qualitätsstandards gibt.



Elterngeldstreichung ist ein frauenpolitischer Rückschritt

Nach den Plänen der Ampel sollen künftig nur noch Paare mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis zu 150.000 Euro Anspruch auf Elterngeld haben. Ausgerechnet bei einer der wichtigsten familienpolitischen Errungenschaften aus der Regierungszeit der Union will die grüne Bundesfamilienministerin Lisa Paus den Rotstift ansetzen. Dies trifft vor allem die gut ausgebildeten berufstätigen jungen Frauen. Sie müssen - wenn sie sich in der Partnerschaft für ein Kind und Familienpause entscheiden - mit dem dann Alleinverdienenden diskutieren, dass sie ein Taschengeld erhalten. Die Grünen drehen das Rad zurück in gleichstellungspolitische Steinzeit. Nicht nachzuvollziehen ist für mich: Es wird feministische Außenpolitik propagiert, aber innenpolitische Familienpolitik, die gut

ausgebildete Frauen unterstützt, zurück gefahren.

Die Ministerin sendet ein fatales Signal an all die potenziell jungen Mütter und Väter, die zwar arbeiten, aber weit entfernt von reich sind. Im Gegenteil müssen wir alle junge erwerbstätigen Familien in ihrem Kinderwunsch unterstützen, statt sie zu schwächen.

Unterstützung bei der Familiengründung darf nicht vom Einkommen abhängig gemacht werden. Die Rahmenbedingungen werden ohnehin schwierig aufgrund fehlender Kita-Plätze, im Zeichen von Fachkräftemangel und einer überalternden Gesellschaft. Ministerin Paus vergisst, dass gerade die arbeitende Mittelschicht mit ihren Steuern unseren Sozialstaat trägt. Für die ist diese Politik ein Schlag ins Gesicht. Die Elterngeld-Streichung wäre eine katastrophale Entwicklung gegen die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie und gegen die Chancengerechtigkeit von Männern und Frauen.



Psychotherapie in Gefahr – Anhörung im Petitionsausschuss

Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zur Finanzierung der Weiterbildung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Felix Kiunke, Studierender an der Uni Kassel, hat als Petent die Argumente überzeugend vertreten. Er wurde begleitet von Dr. Andrea Benecke (Präsidentin der Bundespsychotherapeutenkammer. Ich habe die Petition aktiv unterstützt und es war bereits ein Erfolg, es in die Anhörung geschafft zu haben: 72.106 Bürgerinnen und Bürger haben die Petition unterzeichnet!

Der aus meiner Sicht zentrale Punkt besteht darin: Eine finanzielle Förderung der Weiterbildung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ist grundsätzlich nicht

systemfremd, vor dem Hintergrund, dass § 75a SGB V einen Gehaltszuschuss für die Weiterbildung in der Allgemeinmedizin und der grundversorgenden Fachärztinnen und Fachärzte regelt.

In den Weiterbildungsambulanzen erhalten Ärztinnen und Ärzte in der Regel kein Gehalt, sondern wie die „Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung“ (PiA) einen Teil der Leistungsvergütung der Ambulanz.

Die „Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Weiterbildung“ (PiW) müssen mindestens zwei Jahre in einer Klinik und zusätzlich mindestens zwei Jahren im ambulanten Bereich, d.h. einer Praxis oder Ambulanz, absolviert haben. Der ambulante Bereich ist für die Vorbereitung auf die Richtlinien-Psychotherapie zentral.

Es besteht die Gefahr, dass ein Großteil der Absolventinnen und Absolventen des (reformierten) Masterstudiengangs Klinische Psychologie und Psychotherapie ab Oktober dieses Jahres keine Möglichkeit haben wird, den beruflichen Weg fortzusetzen. Es droht ein Mangel an Weiterbildungsstätten, stationär und ambulant, - und damit an zukünftigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Das bedroht die psychotherapeutische Versorgung und kann nicht im Interesse der Politik sein.



„NichtGenesen“ demonstriert in Berlin für mehr politische Unterstützung

Die Regierung wachrütteln, damit den ME/CFS und Long COVID Langzeiterkrankten schneller und besser geholfen wird: Die Betroffenenorganisation „NichtGenesen“ forderte vor dem Reichstag mehr und schnellere politische Unterstützung im Kampf gegen die Langzeitfolgen der COVID-19-Erkrankung. Ich besuchte die Demo und versicherte

Betroffenen und Organisatoren weiterhin meine Unterstützung.

Die symbolische Darstellung vor Ort war eindrucksvoll. Hunderte Rollstühle standen für diejenigen, die aufgrund ihrer Erkrankung nicht nach Berlin kommen konnten. „Wir brauchen mehr Daten, keiner will die humanitäre Katastrophe vor unserer Haustüre sehen. Ohne Daten werden wir nicht gesehen“, war die Forderung der Initiatoren.

Auch die Unionsfraktion im Bundestag fordert von der Ampelregierung in mehreren Anträgen, das Thema Long COVID und die Forschung dafür mit mehr Geld zu unterstützen und Kranken sowie deren Angehörigen mit besserer Gesundheits- sowie Therapieversorgung, Aufklärung und Anerkennung zu helfen.

Es besteht akuter Handlungsbedarf. Denn etwa jeder 20. Bundesbürger leidet derzeit an den Langzeitfolgen der SARS-CoV-2-Virus. Hunderttausende sind in den letzten Jahren so schwer erkrankt, dass sie erwerbsunfähig geworden sind.

Aber auch diesmal wurden unsere Anträge im Bundestag abgelehnt und damit viele Betroffenen entmutigt und nicht geholfen!



Podiumsdiskussion bei der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V. (DGPPN)

„Neue Drogenpolitik in Deutschland – welche Rolle spielt die Psychiatrie?“ war die Frage, die ich mit Experten auf dem Podium der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde e. V. (DGPPN) - anlässlich des Hauptstadtsymposiums des DGPPN - diskutierte.

Die Pläne der Bundesregierung zur „kontrollierten“ Cannabis-Abgabe und Legalisierung

wurden auf dem Podium und im Publikum, sowohl von Suchtexperten als auch Medizinerinnen und Therapeuten, mit Skepsis, Sorge und Widerspruch kommentiert. Dieser resultierte einerseits aus internationalen Studien, andererseits aus der beruflichen Erfahrung mit Patienten, die offenbar die Folgen des Konsums nicht verkraften.

Insbesondere die Befunde zur Auswirkung auf die Hirnreifung bei jungen Menschen, der frühestens mit Mitte 20 abgeschlossen ist, wurde hervorgehoben. Erwiesen sind bei Cannabiskonsumern jüngeren Alters Einbußen bei Gedächtnis-, Lern- und Erinnerungsleistungen sowie Minderungen von Aufmerksamkeit und Intelligenz - und zwar dauerhaft.

Interessant auch die Aussage von Falk Kiefer von der Deutschen Gesellschaft für Suchtforschung, nach der nur etwa zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung regelmäßig kiffen und die sich vermutlich eine legale Beschaffung und ein sauberes Produkt wünschen. Damit sei die gesamte Diskussion ein Elitenthema. Gleichzeitig würde mit der Freigabe jedoch der Zugang für junge Erwachsene ab 18 Jahren legalisiert und damit die Auswirkungen bewusst in Kauf genommen.

Neues aus dem Wahlkreis



Podiumsdiskussion im Stubenhaus in Staufen mit Andreas Jung MdB Thema: "Nachhaltigkeit und Klimaschutz"

Die CDU-Staufen hatte eingeladen zur Podiumsdiskussion im Stubenhaus zum Thema „Nachhaltigkeit & Klimaschutz: Global – National – Kommunal“, die ich moderieren durfte.

Mit dabei war mein Kollege Andreas Jung MdB (Klima- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und stellvertretender Parteivorsitzender der CDU Deutschland). Profund und pointiert benannte er die klimapolitischen Herausforderungen auf der bundespolitischen Ebene. Er erinnerte an das weltweit erste Klimaschutzgesetz, das von der unionsgeführten Bundesregierung 2019 verabschiedet wurde. Darin heißt es u. a., dass Deutschland bis 2025 klimaneutral werden soll.

Jung wies darauf hin, dass mit dem Klimaschutzgesetz der Bundestag einen

Kontrollmechanismus etabliert habe, durch den jährlich überprüft wird, ob die einzelnen Sektoren ihre Klimaziele erreichen. Vollkommen unklar und nicht vermittelbar sei es daher, dass die Ampel-Regierung die Ziele des Klimaschutzgesetzes nun aufgeweicht hat. Klimaneutralität 2045 bedeutet auch klimaneutrales Heizen. Im Gebäudebereich werden die Ziele nur erreicht, wenn für jedes Haus die beste Lösung ermöglicht wird und die Bürgerinnen und Bürger bei der Umsetzung nicht überfordert werden.

Michael Benitz (Bürgermeister der Stadt Staufen) betonte die Notwendigkeit, Entscheidungen auf der Bundesebene so zu fassen, dass sie auf der kommunalen Ebene auch umsetzbar seien. Die Kommunen bräuchten unbürokratische, klare Finanzierungsprogramme und Entbürokratisierung.

Florian Müller (Geschäftsführer der Stadtwerke Müllheim-Staufen und Finanzvorstand der Bürger-Energie Südbaden eG) erläuterte, wie für viele Stadtwerke die Dekarbonisierung ihrer Kommune im Fokus der täglichen Arbeit stünde, da sie die Energiewende vor Ort umsetzten. Er betonte die notwendige Klarheit und Verlässlichkeit politischer Rahmenbedingungen.

Wolfgang Mangold (Förster Forstrevier Staufen) beschrieb den Wald der Zukunft und Maßnahmen des Waldumbaus angesichts der Rolle des Waldes als CO₂-Speicher. Wiederaufforstung, nachhaltige Waldbewirtschaftung und mehr Holznutzung seien unverzichtbare Bausteine einer effektiven Klimaschutzpolitik.

Im Anschluss der Vorträge, führten wir gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern eine breite Debatte über Energiesicherheit, die Zukunft der E-Mobilität, Kernenergie, Nutzung von Kohle, Zukunft der Gasnetze, Tempolimit usw.

Fazit der Podiumsdiskussion: Wir brauchen dringend die Akzeptanz der Bevölkerung - Klimaschutz kann nur mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingen.



Auf dem Podium der Gesundheitskonferenz in Lindau

Bei der Gesundheitskonferenz der BARMER Landesvertretungen Baden-Württemberg und Bayern sowie der Internationalen Bodensee-Konferenz in Lindau war ich auf dem Podium.

Nur wenige Tage vor dem Eckpunkte-Konsens von Bund und Ländern diskutierten wir das Thema: „Qualität und Effizienz für eine zukunftsfähige Krankenhausversorgung“. Dabei wurden die Vorschläge der Regierungskommission für eine Krankenhausreform vom Dezember 2022 mit dem „Ergebnis“ verglichen und in der Diskussion bewertet. Einig waren sich alle, dass die Qualität der Versorgung und die Patientensicherheit im Mittelpunkt stehen müssen.

Über das Thema Qualität, sektorale Versorgung, stärkere Einbindung der Pflege, Fachkräftemangel und bessere Patientensteuerung wurde ebenso intensiv diskutiert. In der zweiten Diskussionsrunde wurde über die Ländergrenzen hinweg geschaut und gemeinsam mit Klaus Holetschek, MdL, Staatsminister für Gesundheit und Pflege in Bayern und der Ministerialdirektorin Leonie Dirks, Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in Baden-Württemberg, die Impulse internationaler Gäste aus der Schweiz, Lichtenstein, Voralberg diskutiert.



„Politik trifft Wirtschaft“ in Bad Krozingen

Mir ist es immer wichtig, mit unserem Mittelstand ins Gespräch zu kommen. Er ist nicht nur in unserer Region, sondern auch deutschlandweit ein stabiles und unverzichtbares Standbein der Wirtschaft. Deshalb bin ich gerne der Einladung des CDU-Stadtverbands Bad Krozingen und der MIT Südbaden gefolgt. Beide hatten zu einem Austausch über wirtschaftliche und politische Themen geladen, und zwar in den Ausstellungsräumen von Elektrotechnik Burgert in Bad Krozingen.

Ruth Baumann (Präsidentin der Unternehmerfrauen im Handwerk Baden-Württemberg, Mitglied des Bundesvorstands der CDU und der Mittelstandsvereinigung) pointierte in ihrem Vortrag die Probleme des Mittelstandes mit den Rahmenbedingungen, die die Bundespolitik zurzeit festlegt.

Diese habe ich dann mit Fanny Ruch (Inhaberin Architekturbüro Ruch & Partner und Vorsitzende CDU Stadtverband Bad Krozingen) und Sebastian Burgert (Geschäftsführer Elektrotechnik Burgert) vertieft und anschließend im Austausch mit den zahlreichen Gästen diskutiert. Der Abend wurde von Norbert Bekermann (BS-Klima und stellvertretender Vorsitzender MIT Südbaden) moderiert.



Mit Innovation und Tradition zum Erfolg – Rundgang und Gespräch mit Jörg Hieber vom Hieber-Markt in Krozingen

Rundgang mit Jörg Hieber durch den Hieber-Markt Bad Krozingen. Renoviert, umgestaltet, erweitert: Hieber - als großer Lebensmittler mit mittlerweile 16 Märkten aus meinem Wahlkreis nicht wegzudenken - hat seinen Markt in Bad Krozingen neu aufgestellt. 2011 war er mit 2.300 Quadratmetern Verkaufsfläche gestartet. Nun sind knapp 700 Quadratmeter hinzugekommen und Hiebers erster Drive-In. Gleichzeitig wurde das Gebäude um ein Ärztezentrum, Apotheke und ein Fitnessstudio erweitert.

Jörg Hieber zeigte nachvollziehbar stolz, wie insbesondere das Ziel, „die außerordentliche Frischekompetenz“ weiter hervorzuheben, umgesetzt wurde. Die Fleischtheke bringt es nun auf beachtliche 40 Laufmeter.

Auffallend auch das Grafikkonzept im Markt, das mich an das Kinderbuch "Die kleine Raupe Nimmersatt" erinnerte: Überdimensionale Hände auf den Wänden, die je nach Abteilung das entsprechende Produkt halten. Es führt den Konsumenten durch den Markt und dient als Orientierungshilfe, unterstützt von Begriffen wie „Markt-frisch“ oder „Fang-frisch“.

Auch das Fitnesscenter im Obergeschoss ist sicherlich eine Bereicherung für Bad Krozingen, ebenso wie die Apotheke und das neue Ärztezentrum.

Hochspannend waren auch die Erzählungen von Jörg Hieber, z. B. wie er mit seiner Frau zusammen unternehmerisch die ersten Schritte machte und der Prozess der steten, engagierten Weiterentwicklung des Unternehmens zum heutigen Vorzeige-Lebensmittler,

das ständig Preise gewinnt.

Augenblicke



... sehr gutes Gespräch mit Mitgliedern des Vorstandes vom Gewerbeverband Bad Krozingen ... im Gespräch mit der Uniklinik Freiburg über die Krankenhausstrukturreform ...



... Betriebsbesichtigung von Thermo Fisher Scientific in Rheinfelden mit MdB Kollegen Georg Kippels ... in Lörrach auf dem Podium im Alten Wasserwerk zum Thema: "Deutschlands größter Pflegedienst braucht Zukunft: Wie gelingt die Stärkung der pflegenden Angehörigen?" ...



... gemeinsam mit Yannick Bury MdB zu Gast bei der grenzüberschreitenden Arbeitsvermittlung Strasbourg-Ortenau in Kehl ... kurze Tischkicker-Runde nach einer Führung durch die frisch sanierten Gebäude der Diakonie Rheinfelden ...



... Deutsch-Französisches Jugendwerk feiert 60. Geburtstag ... ein schöner und unterhaltsamer Abend auf dem traditionellen Sommerfest des Parlamentskreis Mittelstand im Kronprinzenpalais in Berlin mit Ruth Baumann, Guido Glatt, Dietrich Eberhardt und Frau Eberhardt ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Sonntag, 03. September: Tag der offenen Tür des Bundestags - Blicke hinter die Kulissen und viele Veranstaltungen im Reichstagsgebäude
04. - 08. September: Plenarwoche Bundestag Berlin
Montag, 11. September: Erfolgsmodell Schwarzwald-Hochrhein – Dialog- und Informationsveranstaltung mit der Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL Baden-Württemberg. Ort: Roche Pharma AG in Grenzach-Wyhlen
Donnerstag, 14. September: Mit dem französischen Generalkonsul unterwegs in meinem Wahlkreis
Samstag, 16. September: Schirmherrschaft „Tag der Seelischen Gesundheit“, Stadthalle Schopfheim
18. - 24. September: Plenarwoche Bundestag Berlin

Mittwoch, 20. September: Auf dem Panel bei „Prävention psychischer Erkrankungen“, digitale Ausgabe von „Land der Gesundheit - Impuls“

Samstag, 23. September: Landesdelegiertentag Frauenunion Baden-Württemberg in Titisee-Neustadt

Mittwoch, 25. September: Auf dem Podium bei „Patientenorientierte Krankenhausreform“ bei der Jahrestagung der AKTION PSYCHISCH KRANKE e.V.



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de
